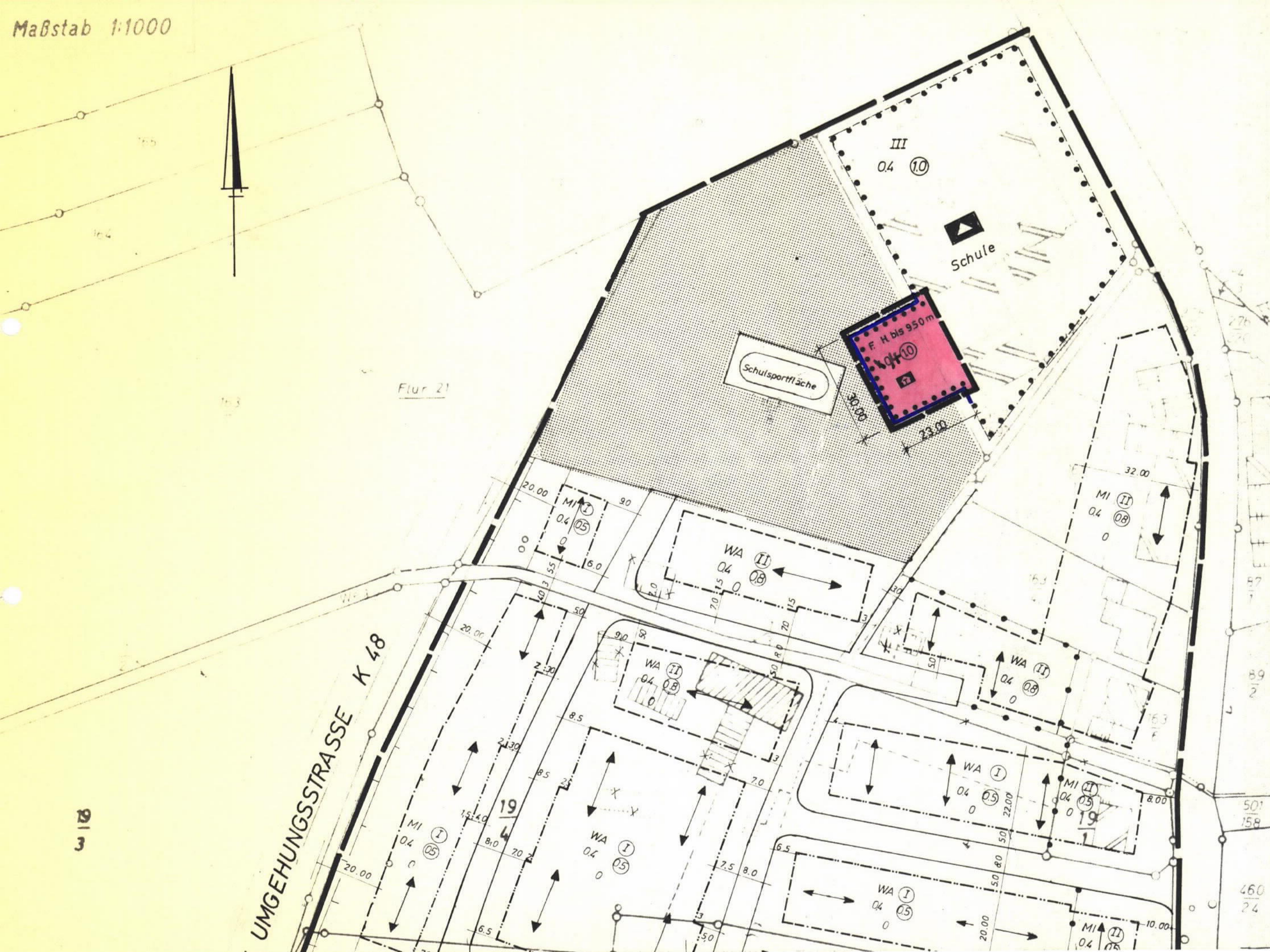


Maßstab 1:1000



§§ 2,9 UND 10 DES BUNDESBAUGESETZES (BBAUG) IN DER FASSUNG VOM 18.8.1976 (BGBl. I S. 2256), DER BAUNUTZUNGSVERORDNUNG (BAUNVO) IN DER FASSUNG VOM 15.9.1977 (BGBl. I S. 1763) UND DER PLANZEICHENVERORDNUNG VOM 19.1.1965 (BGBl. III 213-1-3) HAT DER RAT DER GEMEINDE RIESTE DIE AUS NEBENSTEHENDEN ZEICHNERISCHEN FESTSETZUNGEN BESTEHENDE SATZUNG BESCHLOSSEN.

2. Änderung (vereinfachte Änderung gem. § 13 BBauG) zum Bebauungsplan Nr. 2

Der Gemeinde Rieste Landkreis Osnabrück
DER RAT DER GEMEINDE RIESTE HAT AM 23.06.1980 GEM. § 2(1) BBAUG
DIE AUFSTELLUNG DIESES PLANES BESCHLOSSEN.

1. STELLV. BÜRGERMEISTER *K. Dreyer* GEMEINDEDIREKTOR *W. Mupfeld*
BEARBEITET: LANDKREIS OSNABRÜCK DER OBERKREISDIREKTOR - HOCHBAUAMT -
OSNABRÜCK, DEN 2.6.1980 LTD. BAUDIREKTOR *M. Müller*
RIESTE, DEN 23.06.1980

DIESE ÄNDERUNG IST GEM. § 10 BBAUG AM 23.06.1980 DURCH DEN RAT DER GEMEINDE RIESTE ALS SATZUNG BESCHLOSSEN WORDEN.
RIESTE, DEN 23.06.1980

1. STELLV. BÜRGERMEISTER *K. Dreyer* GEMEINDEDIREKTOR *W. Mupfeld*
INKRAFT GETRETEN GEM. § 12 BBAUG AUFGRUND DER BEKANNTMACHUNG VOM 31.7.1980 IM AMTSBLATT FÜR DEN LANDKREIS OSNABRÜCK.
RIESTE, DEN 6.8.1980

ZEICHENERKÄRUNG

- FLÄCHE FÜR DEN GEMEINBEDARF
- TURNHALLE
- F.H. FIRSTHÖHE
- 0.4 GRUNDFLÄCHENZAHL
- 1.0 GESCHOSSFLÄCHENZAHL
- BAUGRENZE
- GRENZE DES RÄUMLICHEN GELTUNGSBEREICHES DIESER ÄNDER.

Begründung

zur 2. Änderung (vereinfachte Änderung gem. § 13 BBauG) zum Bebauungsplan Nr. 2 der Gemeinde Rieste

Es ist beabsichtigt, auf der im Bebauungsplan Nr. 2 festgesetzten Schulsportfläche eine Turnhalle an die bereits bestehende Turnhalle anzubauen. Dabei wird der überbaubare Bereich überschritten.

Um den Bau zu ermöglichen, hat der Rat der Gemeinde Rieste beschlossen, den o. g. Bebauungsplan zu ändern. Da durch diese Änderung Grundzüge der Planung nicht berührt werden, wird das vereinfachte Verfahren gem. § 13 BBauG angewandt.

Das gesamte angrenzende Gelände befindet sich im Eigentum der Gemeinde Rieste, so daß nachbarliche Belange nicht berührt werden. Auf eine Zustimmung der betroffenen und benachbarten Grundstückseigentümer kann daher verzichtet werden.

Durch diese planerische Maßnahme entstehen der Gemeinde Rieste keine zusätzlichen Erschließungskosten.

Rieste, den 23.06.80

Erst.stellv. Bürgermeister *K. Dreyer* Gemeindedirektor *W. Mupfeld*

Diese Begründung hat bei der Beschlußfassung vorgelegen.